

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

29.10.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Heimische Wirtschaft erholt sich schneller als im Bund</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 29.10.2021</i> .....	3
2   <b>Hohe Spritpreise bremsen Wirtschaft aus</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 29.10.2021</i> .....	4
3   <b>Wirtschaft kündigt Widerstand gegen rot-rote Tarifräume an</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 29.10.2021</i> .....	5
4   <b>Streit über Kernkraft</b> <i>Handelsblatt, 29.10.2021</i> .....	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 29.10.2021 | S. 6

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Axel Büsssem

## CORONA-KRISE

# Heimische Wirtschaft erholt sich schneller als im Bund

## Konjunktur-Index so hoch wie seit Frühjahr 2019 nicht mehr / Landkreis Vorpommern-Rügen hinkt hinterher

Die Wirtschaft im IHK-Bezirk Rostock hat sich nach der Corona-Krise schneller erholt als im bundesweiten Durchschnitt. Das ergab die Herbstumfrage der Industrie- und Handelskammer bei mehr als 400 Unternehmen in Rostock, dem Landkreis Rostock und dem Kreis Vorpommern-Rügen. Der Konjunktur-Index stieg um 22 Punkte und liegt nun mit 121 leicht über dem Vor-Corona-Niveau.

„Wir haben die Talsohle erreicht. Ob es wieder aufwärtsgeht, hängt stark von der Entwicklung der Rohstoffpreise ab. Und da gehen wir von einer Entspannung im nächsten halben Jahr aus“, sagte IHK-Chefvolkswirt Mario Rothaupt gestern bei der Vorstellung der Zahlen. Die Hälfte der Unternehmen im Bezirk beurteilte die eigene Geschäftslage als gut. Bei der letzten Umfrage im Frühsommer waren es nur 34 Prozent. Erstmals seit 2,5 Jahren meldeten die Unternehmen gestiegene und überdurchschnittliche Auftragsbestände.

„Die Unternehmen wollen auch wieder mehr investieren“, so Rothaupt. Im Frühsommer planten noch 40 Prozent der Befragten, weniger Geld in ihr Unternehmen zu stecken. „Das hat sich komplett gedreht“, so Rothaupt. Investiert werden soll vor allem in die Erweiterung der Kapazitäten und in Innovationen. „Das sind gute Indikatoren für einen Aufschwung“, betonte der Experte.

Weitere Jobs werden aber in manchen Branchen kaum geschaffen. Das liege aber nicht so sehr an der Wirtschaftslage, sondern eher am Arbeitskräftemangel, so Rothaupt.

gel, so Rothaupt.

In der Gastronomie werde sogar mit einem Rückgang der Arbeitsplätze gerechnet: „Die Erwartungen sind so negativ, weil die Unternehmer davon ausgehen, dass sie für die offenen Stellen keine Mitarbeiter bekommen werden.“ Viele aus der Branche abgewanderte Beschäftigte hätten sich inzwischen in anderen Jobs eingewöhnt. Auch am Bau stagniert wegen des Arbeitskräftemangels die Beschäftigung.

Fachkräftemangel und Rohstoffpreise sind auch die größten Sorgenkinder der Unternehmer in der Region. Im Bau leiden die Firmen am stärksten unter fehlenden Rohstoffen und Vorprodukten. „Wenn ein Bauunternehmer derzeit Holz einkaufen will, muss er oft feststellen, dass es nicht da ist“, so Rothaupt. Die Zukunftserwartungen der befragten Unternehmen sind auch angesichts dieser Probleme schlechter als im Bundesdurchschnitt. Dank der hohen Zahl an Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, kann die IHK erstmals auch nach den beiden Kreisen und der Stadt Rostock differenzieren. Demnach ist die Hansestadt mit Werten deutlich über dem Bundesdurchschnitt konjunktureller Motor der Region: „In Rostock läuft es von alleine, unter anderem dank zahlreicher Start-ups und des Zuzugs von Studenten“, umschreibt es Rothaupt. Der Landkreis Rostock liegt nur leicht dahinter. Vorpommern-Rügen weist dagegen deutlich schlechtere Werte auf, vor allem bei der Geschäftserwartung. „Das könnte aber auch daran liegen, dass die Wirtschaft im Landkreis verzögert reagiert“, so der Volkswirt.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 29.10.2021 | S. 6

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Axel Büssem, Mathias Otto

## TREIBSTOFF WIRD IMMER TEURER

# Hohe Spritpreise bremsen Wirtschaft aus

### Frachtraten höher als Warenwert

Die Wirtschaft in MV ächzt unter den hohen Spritpreisen. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) Rostock haben die ersten Unternehmen bereits den Export eingestellt, weil die Frachtraten höher sind als die zu erlösenden Gewinne mit ihren Produkten. „Die Transportkosten stehen teilweise nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis zum Warenwert“, sagte Chefvolkswirt Mario Rothaupt gestern.

Bislang seien dies zwar Einzelfälle, so Rothaupt. Aber gerade bei hochwertigen Einzelstücken, wie etwa medizinischen Spezialgeräten, sei dies ein wachsendes Problem. So könne ein Containerplatz heute sechs bis sieben Mal so viel kosten wie zum Zeitpunkt, als das Geschäft abgeschlossen wurde. „Da besteht die Gefahr, sich zu verzocken.“

Das hänge auch von den Dimensionen ab: „Wenn etwa Liebherr in Rostock fünf Kräne à 20 Millionen Euro verschifft, spielen die Transportkosten keine so große Rolle.“ Sollten die Frachtraten aber weiter steigen, könnten auch Lieferungen innerhalb Deutschlands unwirtschaftlich werden, warnte der Experte. „Das ist für die Unternehmen ein ganz großer Sorgenfaktor.“

Die steigenden Ölpreise machen sich auch immer stärker an den Zapfsäulen bemerkbar. Die Spritpreise im Land erreichen schwindelerregende Höhen: Auf Rügen etwa kostete der Liter Super Plus zuletzt mehr als zwei Euro. Landesweit vergleichbar ist vor allem der Preis für Superbenzin. Der lag gestern (16 Uhr) laut Internet-Vergleichsportal Benzinpreis.de in Samtens auf Rügen bei bis zu 1,84,9 Euro - Spitzenwert in MV. Das trifft besonders die Pendler auf der Insel: Wer etwa von Bergen nach Stralsund pendelt, muss derzeit mit 500 Euro mehr pro Jahr kalkulieren als noch zu Jahresbeginn. „Wenn das so weiter nach oben schnellert, werden auch bald die Jobcenter platzen. Bei so vielen, die etwas mehr Fahrweg zur Arbeit haben, lohnt es sich doch kaum noch, früh aufzustehen“, schrieb ein Nutzer der Rügener OZ-Seite bei Facebook.

Lkw tanken zwar meist Diesel, aber auch der wird teurer. Das treffe unter anderem die Speditionen, sagte Rothaupt. „Sie können zwar bei verderblicher Ware die Preise oft kurzfristig erhöhen.“ Das merkt dann besonders der Kunde an der Ladentheke. Der Bogen dürfe aber nicht überspannt werden, warnte Rothaupt.

## Wirtschaft kündigt Widerstand gegen rot-rote Tarifräume an

*Tariflöhne bleiben in MV ein Reizthema. Nachdem SPD und Linke angekündigt haben, öffentliche Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen knüpfen zu wollen, ließ der Konter aus der Wirtschaft nicht lange warten.*

**Schwerin.** In den vergangenen zwei Jahren der Corona-Pandemie war deutlich zu spüren, wie sehr die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und die Landesregierung zusammengerückt waren, um die Krise gemeinsam zu lösen. Doch schon seinerzeit schwebte ein Damoklesschwert über dem Verhältnis. Denn im Hintergrund schwelten stets Pläne der SPD, künftig bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur Unternehmen den Zuschlag zu gewähren, die für den Auftrag mindestens Tariflohn oder tarifgleichen Lohn zahlen sowie geltende Mindestarbeitsbedingungen gewährleisten. Da die CDU als kleinerer Koalitionspartner bei den SPD-Vorstellungen aber nicht mitging, blieben die Pläne – zunächst – in der politischen Schublade.

Jetzt aber rückt das Thema in den Koalitionsverhandlungen mit SPD und Linken wieder ganz oben auf die Agenda der neuen Landesregierung – und soll in einem entsprechenden Landesvergabe- beziehungsweise Tarifreuegesetz Berücksichtigung finden. Das hatten Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Linken-Verhandlungsführerin Simone Oldenburg am Mittwochabend sehr deutlich gemacht. Motto: „Wir wollen nicht die Tarifbindung vorschreiben. Aber wir wollen, dass öffentliche Gelder für Aufträge ausgegeben werden, wo so gut bezahlt wird, wie es die Tarifpartner für diese Branche festgelegt haben.“

Mit diesem Vorhaben machen sich SPD und Linke bei der Vereinigung der Unternehmensverbände in MV keine Freunde. Deren Geschäftsführer Sven Müller betonte, dass „Rot-Rot bei der Umsetzung des Tarifreue-

gesetzes auf unseren energischen Widerstand stoßen wird“. Ein solches Gesetz lasse die wirtschaftliche Realität im Nordosten außer Acht. Klein- und Kleinstbetriebe seien oftmals nicht in der Lage Tariflohn beziehungsweise tarifähnlich zu zahlen, ergänzte Müller. „Ganz zu schweigen davon, dass wir ein solches Gesetz als weitere Aushöhlung der Tarifautonomie verstehen.“

Torsten Haasch, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern, brachte noch einen Aspekt aus Sicht der Wirtschaft ins Spiel: „Wichtig wäre es, wenn endlich die komplizierten Vergabeverfahren vereinfacht würden. Es ist doch mittlerweile so, dass Unternehmen für öffentliche Aufträge keine Angebote mehr abgeben, weil der bürokratische Aufwand viel zu hoch ist.“

Positiv äußerte sich Sven Müller zur Ankündigung Schwesigs und Oldenburgs, dass das Industriekonzept MV 2030 ganz vorn auf die Agenda gesetzt und gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Zukunftsbündnis weiterentwickelt werden solle. Der Unternehmensvertreter begrüßte auch die Einsetzung eines maritimen Koordinators. „Die maritime Wirtschaft – nicht nur die Werften, auch die Zulieferer und Ausrüster – erfordert ein abgestimmtes Konzept zur zukunftsfähigen Neuausrichtung. Dieses muss die Kernaufgabe der zu schaffenden Stelle sein“, sagte Müller.

## Streit über Kernkraft

*Bill Gates will auch mit Atomenergie das Klima retten. Die deutsche Energiepolitik sieht er kritisch.*

Kernkraft gilt in Deutschland als technologischer Irrweg. Doch weltweit erlebt sie ein Comeback: 51 neue Nuklearreaktoren befinden sich nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) im Bau, 14 allein in China.

Wenn es nach dem US-Investor Bill Gates geht, werden es künftig noch mehr. Im Interview mit dem Handelsblatt wirbt Gates dafür, im Kampf gegen den Klimawandel auch auf Kernkraft zu setzen - und setzt sich kritisch mit der deutschen Energiepolitik auseinander. Atomkraftwerke abzuschalten "macht es schwerer, Versorgungssicherheit und günstige Preise zu gewährleisten", mahnt Gates. "Wir dürfen keine Lösung ausschließen." Der Strombedarf werde global dramatisch steigen. Neue, besonders sichere und abfallarme Atomreaktoren könnten helfen, das Klimaproblem zu lösen. Dagegen sei Gas, zentraler Bestandteil der deutschen Klimastrategie, als Brückentechnologie fragwürdig.

Wenige Tage vor der Weltklimakonferenz in Glasgow erhält der Streit über Nuklearenergie damit neue Nahrung. Nach dem schweren Reaktorunfall in Fukushima schien das Schicksal der Technologie eigentlich besiegelt zu sein. Doch angesichts der drohenden Klimakatastrophe und rasant steigender Energiekosten hat international ein Umdenken begonnen.

Auch in der EU wird über diese Renaissance debattiert. Frankreich will Atomstrom als "grün" klassifizieren und hat sich die Unterstützung osteuropäischer Staaten gesichert. Kernkraftgegner schlagen Alarm: "Kernenergie hat inhärente Risiken, die Abfallproblematik ist ungelöst. All das zu ignorieren hat mit Realpolitik nichts zu tun", warnt der Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer.

Atomkraft? Nein danke. Der Slogan aus den 80er-Jahren gilt auch noch heute in Deutschland. Tatsächlich bleibt die Technologie hochproblematisch. Der radioaktive Müll strahlt viele Tausend Jahre, bislang ist weder hierzulande noch irgendwo sonst ein sicheres Endlager gefunden worden. Auch sind Kernkraftwerke

teuer und praktisch unversicherbar. Reaktorkatastrophen wie in Tschernobyl 1986 und in Fukushima 2011 verdeutlichten die gewaltigen Risiken und besiegelten den deutschen Atomausstieg.

Doch inzwischen dreht sich die Stimmung, selbst in Europa. Die Argumente der Atomkraft-Befürworter finden zunehmend Gehör. Kernreaktoren liefern verlässlich CO<sub>2</sub>-freien Strom. Wenn Europa bis 2050 klimaneutral werden will, erscheinen Kernreaktoren als naheliegende Option. Auch der aktuelle Energieengpass beeinflusst die Debatte. Teures Erdgas treibt die Strompreise in die Höhe, die Umstellung auf alternative Energiequellen wie Sonne und Wind nährt Zweifel an der Zuverlässigkeit der Stromversorgung.

Vor wenigen Wochen setzten sich zehn EU-Mitgliedstaaten unter der Führung von Frankreich für Kernenergie ein. Selbst die Niederlande, die lange Kernkraft-kritisch waren, überlegen, wieder Atomkraftwerke zu bauen - ein Vorhaben, das in den USA, China oder Japan schon umgesetzt wird.

Ein wichtiger Antreiber dieses technologischen Trends ist Bill Gates. Für eine Milliarde Dollar baut die von Gates finanzierte Firma Terrapower zusammen mit GE Hitachi im US-Bundesstaat Wyoming einen natriumgekühlten Laufwellenreaktor. Der sogenannte Small Modular Reactor (SMR) ist eine Art Mini-Kernkraftwerk. Vor wenigen Monaten erhielt das Konsortium 160 Millionen Dollar vom US-Energieministerium, um in den nächsten fünf bis sieben Jahren zwei Reaktoren mit einer Leistung von jeweils 345 Megawatt zu bauen, das entspricht etwa einem Viertel der Leistung eines typischen deutschen Reaktors. Mehr Sicherheit, hohe Energieeffizienz und weniger radioaktiver Abfall: Das sind die Versprechen von Terrapower. "Wir glauben, dass Natrium die Energiebranche grundlegend verändern wird", sagt Gates. Die kleinen Reaktoren sollen dezentral aufgebaut werden, mehr Sicherheit bieten und Strom liefern, wenn der Wind nicht bläst oder die Sonne nicht scheint.

Frankreich gegen Deutschland Trotz solcher Innovationen bleibt das Thema Kernkraft in Deutschland tabu. Es findet sich so gut wie kein Politiker, der sich für sie einsetzt. Eine Ausnahme ist Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, der sich vorsichtig zumindest für weitere Forschung in dem Feld ausspricht.

Ganz anders die Lage in Frankreich: Die französische Regierung will eine Milliarde Euro in die Entwicklung von kleinen modularen Reaktoren investieren. Zugleich steht Frankreich an der Spitze der EU-Staaten, die sich in Brüssel dafür starkmachen, Kernkraft als "grüne" Technologie zu klassifizieren. Damit steuern Paris und Berlin auf einen Grundsatzkonflikt zu. Denn die Bundesregierung lehnt ein Öko-Label für Kernenergie ab. Atomkraft sei eine "Hochrisikotechnologie" und dürfe daher nicht mit Wind- und Solarstrom gleichgestellt werden, stellte die scheidende Umweltministerin Svenja Schulze in einem Brief an die Kommission klar. Ihre Amtskollegen aus Luxemburg, Dänemark, Spanien und Österreich schlossen sich ihr an. Doch die Atomkraftgegner könnten schon in den nächsten Wochen im EU-Kreis überstimmt werden.

Für Frankreich, das zum Jahreswechsel die europäische Ratspräsidentschaft übernimmt, ist die Förderung der Nukleartechnologie eine Frage der Souveränität. "Wir haben nicht über Jahrzehnte die Energieunabhängigkeit unseres Landes um die Atomkraft gebaut, um nun in der Hand von Wladimir Putin zu sein", sagte Wirtschaftsminister Bruno Le Maire kürzlich. Scharfe Kritik an der französischen Position kommt von den Grünen: "Wenn die Alternative lautet, sich entweder Putin oder der Atomkraft ausliefern zu müssen, dann wäre es eine ganz andere Debatte", sagt der Europa-Abgeordnete Reinhard Bütikofer. Aber die energiepolitische Realität sei eine andere. "Denn es gibt die Perspektive des beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien", so Bütikofer. "In Sachen Kosten ist die Atomkraft den Erneuerbaren weit unterlegen."

In den Unionsparteien ist die Neigung, die Atomdebatte neu zu führen oder gar die für das kommende Jahr geplante Stilllegung der letzten deutschen Kernkraftwerke infrage zu stellen, ebenfalls gering. "Wir haben keine Lösung für das Endlager-Problem gefunden und für Europas Klimaziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent zu senken, eignen sich neue Atommeiler ohnehin nicht", betont Christian Ehler, Europapolitiker der CDU.

Auch die von Gates vorangetriebene Technologie der Mini-Atomkraftwerke wird in Deutschland kritisch bewertet. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung hat dazu eine Studie beim Öko-

Institut, bei der TU Berlin und dem Physikerbüro Bremen in Auftrag gegeben. Danach können die Mini-Meiler zwar "potenziell sicherheitstechnische Vorteile gegenüber großen Atomkraftwerken vorweisen". Doch müssten "viele Tausend bis Zehntausende" Reaktoren gebaut werden, was Fragen zur Sicherheit, zum Transport, Rückbau sowie zur End- und Zwischenlagerung aufwerfen würde. Vor allem die Gefahr der Proliferation - der Nutzung für militärische oder terroristische Zwecke - würde mit der hohen Anzahl der Reaktoren steigen. Auch könnten radioaktive Lecks entgegen den Versicherungen der Betreiber nicht ausgeschlossen werden.

Die von Gates vorangetriebenen Natrium-Kernreaktoren sind auch in den USA umstritten. Die Technologie "ist reine Zeit- und Geldverschwendung", meint Edwin Lyman, Physiker und Direktor Atomsicherheit bei der amerikanischen Stiftung United Concerned Scientists. Lyman ist kein Umweltschützer, der aus Prinzip Atomkraft ablehnt. Er befürwortet den Einsatz herkömmlicher Leichtwasser-Atomkraftwerke. Natrium-Reaktoren sind seiner Meinung nach nicht sicherer oder effizienter, dafür teurer und unerprobt.

Verzicht auf Prototypen Einig sind sich fast alle: Es ist bisher zu wenig über SMR-Technologie geforscht worden. Verfechter wie Gates sehen das indes nicht als Nachteil, sie betonen die Chancen. Zu lange sei nichts unternommen worden, dabei könnten die alten Probleme der Kernkraft mit neuer Technologie überwunden werden.

Schon in den 50er-Jahren schlug der russische Physiker Saveli Feinberg einen Reaktortyp vor, der mit den "Schnellen Brütern" wie im niederrheinischen Kalkar auch verwirklicht wurde - bis der Unfall in Tschernobyl 1986 die Forschung daran beendete. Die Idee griff die 2008 gegründete Firma Terrapower auf und brachte "einige der besten Kernphysiker und Computermodellierer zusammen", wie Gates in seinem Buch "Wie wir die Klimakatastrophe verhindern" schreibt.

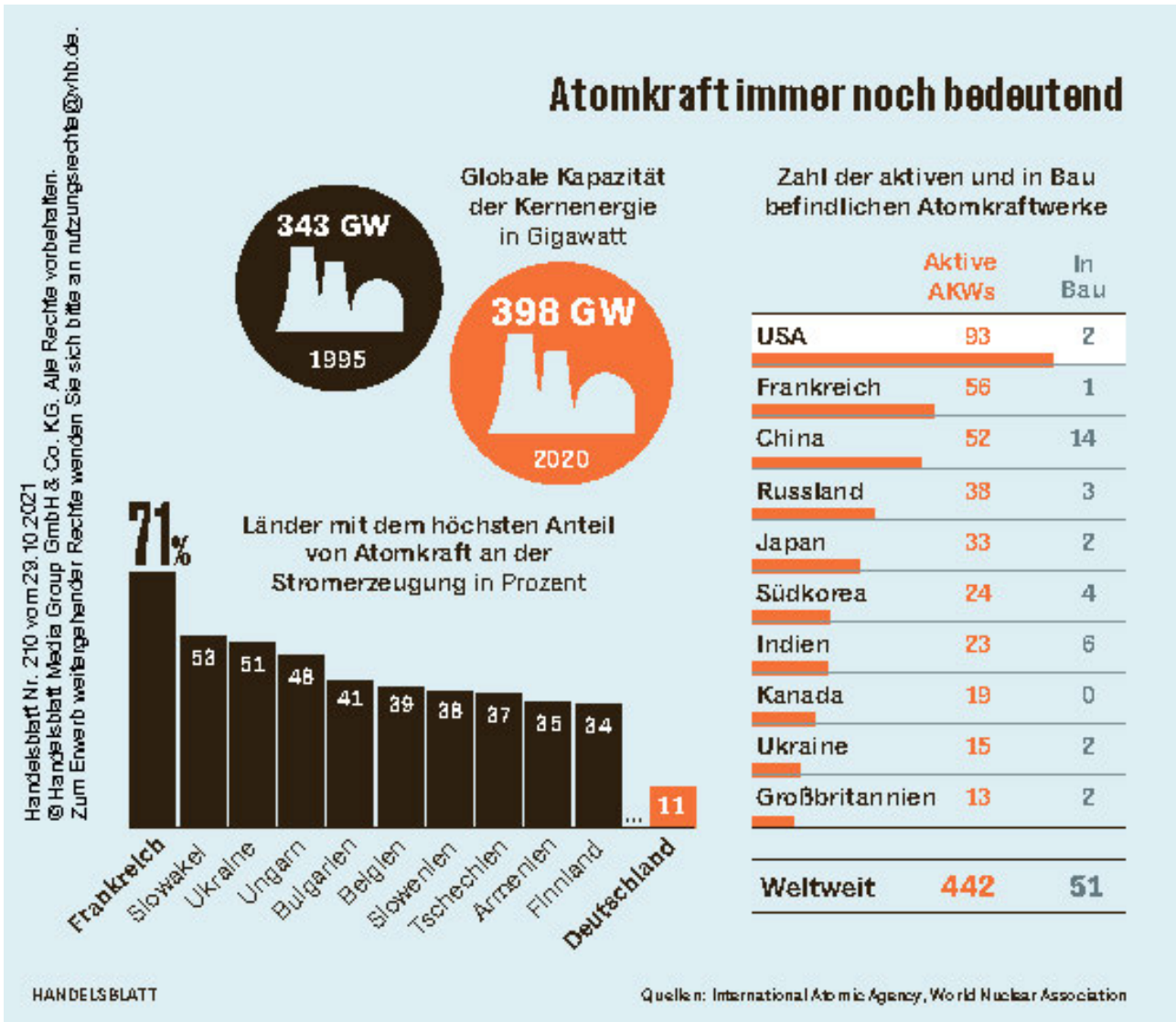
Das Team richtete sich in Bellevue im US-Bundesstaat Washington ein Labor mit Supercomputern ein, um dort digitale Simulationen verschiedener Reaktorkonstruktionen ablaufen zu lassen. "Wir glauben, ein Modell entwickelt zu haben, bei dem alle wichtigen Probleme gelöst sind", schreibt Gates. Terrapower und die Partner der Firma sind so überzeugt von ihrem Know-how, dass sie auf den Bau eines Prototypen verzichten. Der geplante Reaktor in Wyoming gleicht damit einer Operation am offenen Herzen.

Es bleiben erhebliche Zweifel: "Ohne bedeutend mehr Fokus und Engagement ist es unwahrscheinlich, dass die Technologie in den nächsten zehn bis 15 Jahren

für eine kommerzielle Anwendung bereit sein wird“, urteilt die Bank Barclays in einer Studie über die Technologie. Im besten Falle sei damit nach 2035 zu rechnen.

**ZITATE FAKTEN MEINUNGEN**

**”In Sachen Kosten ist die Atomkraft den Erneuerbaren weit unterlegen.” - Reinhard Bütikofer, Europa-Abgeordneter der Grünen**



**Bild:** Energiebranche: Stromerzeugung - Zahl aktiver und geplanter Atomkraftwerke weltweit und nach Ländern, weltweite Atomstrom-Kapazität in Gigawatt 1995, 2020, Anteil der Atomkraft an der Stromerzeugung nach Ländern in Prozent (MAR / UMW / RANK / Grafik)